



## Niederschrift

### 4. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Donnerstag, 19.03.2009
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	21:10 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

---

#### Anwesend sind:

Herr Gruschka, Jens	DIE LINKE	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Herr Jäkel, Ralf	DIE LINKE	
Frau Oldenburg, Brigitte	DIE LINKE	
Herr Klamke, Volker	SPD	anwesend ab 18:03 Uhr (TOP 2.2)
Herr Dr. Seidel, Christian	SPD	Sitzungsleitung
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	
Herr Dünn, Hans-Wilhelm	CDU/ANW	anwesend ab 18:17 Uhr (TOP 2.2)
Herr Rietz, Klaus	CDU/ANW	
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Utting, Brian	FDP/Familienpartei	anwesend ab 18:15 Uhr (TOP 2.2)
Herr Becker, Hans	CDU/ANW	
Herr Dörschel, Jens	Grüne/B90	
Herr Engler, Steffen	FDP/FP	anwesend ab 18:15 Uhr (TOP 2.2)
Herr Krause, Marcus	SPD	
Herr Michalske, Hans-Peter	SPD	
Herr Schwarze, Wolfgang	DIE LINKE	
Herr Vogel, Andreas	DIE LINKE	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Heuer, Pete	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Herr Teuteberg, Björn	FDP/Familienpartei	entschuldigt
Herr Goericke, Stefan	CDU/ANW	entschuldigt
Herr Henning, Tino	DIE LINKE	nicht anwesend
Herr Kleinert, Manfred	Aktionsbündnis N/W	nicht anwesend
Frau Lentz, Elke	SPD	entschuldigt
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	entschuldigt

#### Gäste:

Herr Ernst, Andreas	FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
Frau Hüneke, Saskia	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Schrewe, Michael	Bereich Straßenverkehr
Herr Günther, Ralf	Taxiverband
Herr Sträter	OBR Groß Glienicke
Herr Volkmann	FB Stadtplanung und Bauordnung
Frau Reisse	Bereich Grünflächen
Herr Linke, Klaus-Peter	Koordinierungsstelle Klimaschutz
Frau Dr. Lehmann, Renate	Bereich Gesundheits- und Veterinärwesen
Frau Spyra, Martina	Schriftführerin

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 19.02.2009
- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 2.1 Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Potsdam  
  
Vorlage: 08/SVV/0806  
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen  
- Wiedervorlage -
  - 2.2 Taxitarifverordnung  
Vorlage: 09/SVV/0190  
Oberbürgermeister, FB Ordnung und Sicherheit
  - 2.3 Uferwegekonzeption neue Ortsteile  
Vorlage: 09/SVV/0038  
Fraktion DIE LINKE  
dazu: Änderungsantrag der Fraktion Grüne/B90
  - 2.4 Babywälder in den Sozialräumen und Ortsteilen Potsdams  
Vorlage: 09/SVV/0062  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen, FDP/Familienpartei
  - 2.5 Uferkonzept Groß Glienicker See, naturnahe und nachhaltige Entwicklung  
Vorlage: 09/SVV/0063  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen, Fraktion CDU/ANW
  - 2.6 Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Arbeitskreis Stadtspuren  
Vorlage: 09/SVV/0122  
Oberbürgermeister, Koordinierungsstelle Klimaschutz
  - 2.7 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 09/SVV/0127  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
  - 2.8 Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes  
Vorlage: 09/SVV/0135  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 2.9 Abholung von Fundtieren  
Vorlage: 09/SVV/0145  
Fraktion FDP/Familien-Partei
  - 2.10 Verlegung der Endhaltestelle Buslinie 693 auf Hermannswerder  
Vorlage: 09/SVV/0146  
Fraktion FDP/Familien-Partei
- 3 Berichte und Informationen
- 4 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 19.02.2009**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Dr. Seidel.

Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 11 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

#### **Bestätigung der Tagesordnung:**

Zur Tagesordnung werden keine Änderungswünsche vorgebracht.

*Der Tagesordnung wird zugestimmt.*

#### **Bestätigung des Protokolls vom 19.02.2009**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

*Dem Protokoll wird zugestimmt.*

#### zu 2 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

##### zu 2.1 **Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 08/SVV/0806**

Herr Dr. Seidel informiert, dass die Friedhofskommission tätig ist. Er schlägt vor, dass in der nächsten oder übernächsten Sitzung des KOUL-Ausschusses eine Information zum Stand der Überarbeitung der Friedhofssatzung gegeben wird.

##### zu 2.2 **Taxitarifverordnung Vorlage: 09/SVV/0190**

Herr Schrewe bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert diese.

Herr Günther (Taxi-Verband) weist darauf hin, dass es in den vergangenen fünf Jahren keine Veränderungen des Taxitarifs gab. Er macht auch deutlich, dass durch die Taxiunternehmer Kosten für Versicherungen, Kredite und Kraftstoff zu tragen sind.

Herr Dr. Gunold äußert Befürchtungen, dass mit der Erhöhung der Tarife die Zahl der Fahrgäste zurück geht.

Herr Günther erklärt, dass sich ein Rückgang der Fahrgastzahlen nur kurzzeitig niederschlägt und dann aber erfahrungsgemäß wieder einpegelt.

Herr Jäkel beantragt **folgende Änderung der Satzung** bezüglich der Einschaltgebühr und begründet dies:

*Im vorliegenden Entwurf der Verordnung ist zu ändern im § 2 Beförderungsentgelte*

*(1) Einschaltgebühr für Taxen bis 4 Fahrgäste incl. Anfahrt 2,50 €*

Herr Dr. Seidel spricht sich auch gegen die drastische Erhöhung der Einschaltgebühren aus. Er nimmt Bezug auf die Aussage in der Begründung, dass die Erhöhung des Taxitarifs von 21 % zumutbar ist und im Durchschnitt der Kommunen mit annähernder Einwohnerzahl liegt und fragt, wie die Verwaltung auf diese Zahl kommt.

Herr Schrewe erklärt, dass die prozentuale Erhöhung addiert und dann durch die Anzahl der einzelnen Gebühren dividiert wurde.

Herr Günther weist darauf hin, dass bei den Potsdamer Taxifahrer die Kilometerfahrten durch die Stadtstruktur relativ begrenzt sind. Die Stadtzeiten sind dafür relativ hoch. Auch dies muss Berücksichtigung finden.

Frau Oldenburg kann zwar die Argumente von Herrn Günther nachvollziehen, aber nicht die Höhe der Gebühren. Aus ihrer Sicht sollte die Grundgebühr nicht erhöht werden. Sie stellt auch fest, dass andere Städte damit anders umgehen.

Herr Dörschel fragt, ob es nicht sinnvoller ist, die Tarife häufiger anzuheben und dafür in geringerem Maße.

Herr Günther erklärt, dass es historisch in vielen Städten so üblich ist, die Tarife alle vier bis fünf Jahre anzuheben.

Herr Vogel fragt, wie die Taxifahrer animiert werden, alternative Treibstoffe zu nutzen. Auch bittet er um eine Aussage, wie die Taxifahrer unterstützt werden, um bessere Konditionen bei Krediten oder Versicherungen zu erhalten.

Herr Günther berichtet, dass der Zugang zu den Partnern aus der Wirtschaft über Gespräche möglich ist. Aber auch diese haben ihre Grenzen. Hier sind oft nur „kleine Schritte“ möglich. Der Anteil der Ergasfahrzeuge ist derzeit noch nicht so, wie man es sich vorstellen könnte, u.a. weil das Betanken der Fahrzeuge mit alternativen Kraftstoffen, wie z.B. Erdgas, in Potsdam nur begrenzt möglich ist.

Herr Klamke merkt an, dass in der Drucksache nicht aufgeschlüsselt ist, wie viele Taxen pro 1000 Einwohner die im Vergleich ausgewählten Städte haben. Er fragt, wie Potsdam diesbezüglich aufgestellt ist.

Herr Schrewe erklärt, dass Potsdam hier im Mittelfeld liegt. In Potsdam kommen ca. 730 Personen auf ein Taxi. In den ausgewählten Städten liegt der Durchschnitt zwischen 500 und 1000 Personen pro Taxi.

Herr Dr. Seidel nimmt Bezug auf die Aussage, dass die durchschnittliche Taxifahrt in Potsdam über 3 – 4 km geht und weist darauf hin, dass eine Fahrt von 3 km in einem Taxi mit bis zu 5 Sitzplätzen bisher 6,25 Euro gekostet. Zukünftig sollen es 8,30 Euro sein. Das ist 32 %ige Steigerung der Kosten.

Zum weiteren Verfahren schlägt er der Verwaltung vor, sich auf eine ca. 20 %ige Steigerung zu orientieren. Er fragt die Verwaltung, ob dies denkbar wäre.

Herr Schrewe erklärt, dass dies mit der Unternehmerschaft abgestimmt werden muss.

Frau Schwarz (Behindertenbeirat) hat Informationen, dass das Behindertentaxi etwas teurer ist, als andere Taxen. Sie macht auch deutlich, dass man dafür sorgen müsse, dass die Taxen mit Standheizungen ausgestattet sind, damit diese nicht über einen längeren Zeitraum den Motor laufen lassen müssen.

Herr Günther erklärt, dass es sich bei dem Behindertentaxi um Kassenfahrten handelt. Hier erfolgt eine andere Abrechnung. Des Weiteren weist er darauf hin, dass bei Temperaturen unter 5 °C die Fahrzeuge angemessen vorgewärmt sein müssen.

Herr Dr. Wegewitz macht darauf aufmerksam, dass sich der 2. Satz im 2. Absatz des § 1 im Absatz 3 wiederholt. Er schlägt vor, den **2. Satz des 2. Absatzes im § 1 zu streichen** und den **Absatz 3 wie folgt neu zu formulieren**:  
*„Bei Fahren über das Pflichtfahrgebiet hinaus hat der Taxifahrer den Fahrgast vor Fahrtbeginn darauf hinzuweisen, dass das Beförderungsentgelt...“*

Herr Dr. Seidel schlägt vor, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Taxiverband die Verordnung so überarbeiten möge, dass die Steigerungen für eine durchschnittlich Fahrt 20 - 25 % nicht übersteigen.  
Er bittet um Abstimmung zu seinem Verfahrensvorschlag.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 0

*Dem Verfahrensvorschlag wird zugestimmt.*

**zu 2.3 Uferwegekonzeption neue Ortsteile**  
**Vorlage: 09/SVV/0038**

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Menzel bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein.

Herr Dr. Seidel regt an, dann den Änderungsantrag klarer zu formulieren. Es ist für ihn nicht erkennbar, dass die Auftragsvergabe gemeint ist.

Herr Volkmann betont, dass die Verwaltung dem Antrag im Wesentlichen zustimmt. Er weist darauf hin, dass es keine Aktivitäten gibt, die die Durchgängigkeit der Uferwege gefährden würden und bittet den Antrag entsprechend zu formulieren. Der Bericht über die Planung kann im Juni 2009 gegeben werden.

Herr Jäkel übernimmt dies und **formuliert den Antrag folgendermaßen um**:  
*Der Oberbürgermeister wird beauftragt,*

- 1. das mit der DS 01/SVV/0330 vorgelegte Uferwegekonzept Gesamtstadt für den Geltungsbereich der eingemeindeten Ortsteile fortzuschreiben;*
- 2. alle Aktivitäten einzustellen-**zu unterlassen**, die eine Durchgängigkeit der Uferwege auch in den eingemeindeten Ortsteilen gefährden.*

*Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am ~~4. April~~ 03. Juni 2009 über die zeitliche und inhaltliche Planung der dazu notwendigen Schritte zu in-*

*formieren.*

Herr Rietz fragt, ob eine Fremdvergabe erfolgen soll.

Herr Volkmann erklärt, dass dies geprüft wird.

Frau Oldenburg schlägt vor, dass der Ergänzungsantrag zurückgenommen und wenn notwendig zu gegebener Zeit erneut eingebracht wird.

Herr Menzel bittet, die Aussage von Herrn Volkmann in das Protokoll zu übernehmen und erklärt dann damit der Ergänzungsantrag für erledigt.

**Durch die Antragstellerin geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt,

1. das mit der DS 01/SVV/0330 vorgelegte Uferwegekonzept Gesamtstadt für den Geltungsbereich der eingemeindeten Ortsteile fortzuschreiben;
2. alle Aktivitäten zu unterlassen, die eine Durchgängigkeit der Uferwege auch in den eingemeindeten Ortsteilen gefährden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 03. Juni 2009 über die zeitliche und inhaltliche Planung der dazu notwendigen Schritte zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.*

**zu 2.4 Babywälder in den Sozialräumen und Ortsteilen Potsdams  
Vorlage: 09/SVV/0062**

Herr Menzel bringt den Antrag ein und erläutert diesen.

Frau Reisse erklärt, dass bis Herbst 2009 gemeinsam mit dem Kommunalen Immobilien Service (KIS) geprüft wird, ob entsprechende Flächen vorhanden sind.

Herr Dr. Seidel schlägt vor, dann den Antrag in einen Prüfantrag umzuwandeln.

Herr Vogel fragt, wo hier das öffentliche Interesse liegt. Dies sollte in einer privaten Initiative umgesetzt werden. Er befürchtet, dass die Pflege der Bäume problematisch werden könnte. Hierfür müssten ggf. Mittel im städtischen Haushalt eingestellt werden.

Herr Jäkel befürwortet die Idee, Bäume zu pflanzen. Er ist nicht der Auffassung, dass junge Eltern daran interessiert sind, in irgend einem Bereich am Stadtrand einen Baum zu pflanzen. Dies sollte im näheren Wohnumfeld möglich sein, um den Familien auch die Möglichkeit der Pflege zu geben. Er empfiehlt Umwandlung in Prüfauftrag.

Frau Oldenburg spricht sich auch für einen Prüfauftrag aus.

Herr Dünn spricht sich auch für einen Prüfauftrag aus.

**Von der Antragstellerin geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam möge beschließen:

Der OBM wird beauftragt **zu prüfen**, in **welchen** Sozialräumen und Ortsteilen ggf. vorhandene städtische Flächen als "Babywälder" zur Verfügung gestellt **werden können**. Darauf soll der Potsdamer Bevölkerung ermöglicht werden, z.B. zur Geburt eines Kindes einen Baum pflanzen zu können und für dessen Gedeih und Wachstum eine Patenschaft zu übernehmen.

**Dem KOUL-Ausschuss soll im September 2009 Bericht erstattet werden.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

**zu 2.5 Uferkonzept Groß Glienicker See, naturnahe und nachhaltige Entwicklung  
Vorlage: 09/SVV/0063**

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Sträter informiert, dass der Ortsbeirat Groß Glienicke diesen Antrag mit deutlicher Mehrheit abgelehnt hat. Er erklärt, dass ein Landschaftsplaner mit großer Sensibilität ein Konzept erstellt hat, das eine ausgesprochen positive Resonanz erhalten habe. Er verweist auch auf die Sitzungen der AG „Uferlandschaft“ die sich mit diesem Thema befasst.

Frau Reisse ergänzt, dass in dieser AG Vertreter des Ortsbeirates Groß Glienicke sowie Mitarbeiter aus verschiedenen Bereichen der Stadtverwaltung sehr eng und intensiv zusammenarbeiten.

Herr Dr. Seidel schlägt vor, dass nach der nächsten Runde der AG im Tagesordnungspunkt „Berichte und Informationen“ ein erneuten Sachstandsbericht im Ausschuss gegeben wird.

Herr Gruschka spricht sich gegen den vorliegenden Antrag aus und stimmt dem Vorschlag von Herrn Dr. Seidel zu.

Herr Rietz macht deutlich, dass der Antrag aus seiner Sicht nach dem jetzigen Kenntnisstand nicht mehr beschlussfähig ist.

Herr Menzel schlägt vor, das Konzept im KOUL-Ausschuss vorzustellen um beurteilen zu können, ob hier der Naturschutz ausreichend berücksichtigt ist. Danach würde er den Antrag zurückziehen.

Herr Sträter informiert, dass sich die AG im April/Mai 2009 erneut trifft.

Frau Reisse betont, dass die von Herrn Menzel angesprochenen Flächen keine städtischen Flächen sind.

Herr Menzel bittet, dass in der AG die Untere Naturschutzbehörde und der Naturschutzbeirat einbezogen werden.

Frau Reisse erklärt, dass die Untere Naturschutzbehörde an allen Sitzungen der AG teilnimmt.

Herr Menzel zieht den Antrag zurück.

**zu 2.6 Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Arbeitskreis Stadtspuren  
Vorlage: 09/SVV/0122**

Herr Linke bringt die Drucksache ein und erläutert diese.

Herr Klamke begrüßt die Kooperationsvereinbarung grundsätzlich, macht aber deutlich, dass ihm 2020 als Ziel zu spät erscheint. Er fragt, ob es möglich ist, die zeitlichen Abfolgen z.B. bei Sanierungen vorzuziehen. Es sollte auch vor 2020 über Ergebnisse berichtet werden.

Herr Linke erklärt, dass die Drucksache im Klimarat erörtert wurde und dieser sich positiv dazu positioniert hat. Er betont, dass selbstverständlich schon vor 2020 Aktivitäten unternommen werden.

Frau Oldenburg spricht sich für die Vereinbarung aus. Sie schlägt vor, in die Kooperationsvereinbarung aufzunehmen, dass die Stadt eine Verpflichtung eingeht, ein kommunales Förderprogramm zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung aufzulegen.

Sie bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein:

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Arbeitskreis Stadtspuren folgende Ergänzung zur Kooperationsvereinbarung zu unterbreiten:*

*§ 4 wird wie folgt ergänzt:*

- *Die Stadt verpflichtet sich im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten ein kommunales Förderprogramm zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung aufzulegen.*

Herr Gruschka schlägt vor, einen jährlichen Berichtsturnus in die Vereinbarung aufzunehmen. Er fragt, wie der Stand bei der Nutzung von Photovoltaik ist.

Herr Linke kann die genauen Wattzahlen nicht nennen. Er wird sie Herrn Gruschka telefonisch mitteilen.

Herr Dr. Seidel plädiert dafür, die Vorlage des Klimakonzeptes abzuwarten, um zu entscheiden wie man die zur Verfügung stehenden Mittel einsetzt.

Er spricht sich für regelmäßige Berichterstattung aus, aber einen jährlich Bericht hält er für zu kurz.

Er bringt folgenden **Ergänzungsantrag** ein.

*Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Jahren 2012 und 2016 einen Bericht über die Wirksamkeit der Vereinbarung vorzulegen.*

Herr Linke erklärt, dass der AK Stadtspuren und die Wohnungsunternehmen sich bereits verpflichtet haben, jährlich zu berichten und dies in den Klimabericht aufzunehmen. Hier kann dann die jährliche Entwicklung der CO<sub>2</sub> Belastung entnommen werden.

Er sagt zu, in den Jahren 2012 und 2016 über die Wirksamkeit der Vereinbarung zu berichten.

Herr Schwarze spricht sich für ein positives Votum zur Vereinbarung aus.



**Ergänzungsantrag von Herrn Dr. Seidel:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Jahren 2012 und 2016 einen Bericht über die Wirksamkeit der Vereinbarung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem Ergänzungsantrag wird einstimmig zugestimmt.*

**Ergänzungsantrag von Frau Oldenburg:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Arbeitskreis Stadtspuren folgende Ergänzung zur Kooperationsvereinbarung zu unterbreiten:

§ 4 wird wie folgt ergänzt:

- Die Stadt verpflichtet sich im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten ein kommunales Förderprogramm zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung aufzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

*Dem Ergänzungsantrag wird zugestimmt.*

**Geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam möge beschließen:  
Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Arbeitskreis Stadtspuren

**+ Ergänzungen:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in den Jahren 2012 und 2016 einen Bericht über die Wirksamkeit der Vereinbarung vorzulegen.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dem Arbeitskreis Stadtspuren folgende Ergänzung zur Kooperationsvereinbarung zu unterbreiten:

§ 4 wird wie folgt ergänzt:

- Die Stadt verpflichtet sich im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Möglichkeiten ein kommunales Förderprogramm zur Unterstützung der energetischen Gebäudesanierung aufzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.*

**zu 2.7 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 09/SVV/0127**

Herr Menzel bringt den Antrag ein und begründet diesen. Er weist darauf hin, dass es bereits in einigen anderen Städten einen Nachhaltigkeitsbericht oder einen entsprechenden Leitfaden gibt.

Herr Rietz schlägt vor, sich darüber zu verständigen, welche Kriterien in Betracht kommen und welcher Aufwand dahinter steht.

Herr Dr. Seidel regt an, in der Septembersitzung 2009 ein Strukturkonzept für einen Nachhaltigkeitsbericht vorzulegen.

Herr Gruschka schlägt vor, das Strukturkonzept im Juni 2009 vorzulegen.

Herr Ernst gibt zu bedenken, dass sämtliche Bereiche der Verwaltung hier gefragt sind. Er schlägt vor, dass das Strukturkonzept der Stadtverordnetenversammlung in der Juli-Sitzung vorgelegt wird.

Herr Menzel stimmt dem Vorschlag von Herrn Ernst zu und übernimmt dies.

**Von der Antragstellerin geänderter Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung Potsdam möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung in ihrer **Julisitzung 2009 ein Strukturkonzept** für einen Nachhaltigkeitsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam vorzulegen, der sich an den Nachhaltigkeitskriterien des Bundesamts für Statistik richtet.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.*

**zu 2.8 Fortschreibung des Verkehrsentwicklungsplanes  
Vorlage: 09/SVV/0135**

Frau Hüneke bringt den als Tischvorlage geänderten Antrag ein und begründet diesen.

**Neuer Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die geplante Aktualisierung des Verkehrsentwicklungsplanes Potsdam (VEP) auf folgenden Grundlagen vorzunehmen und dabei folgende verkehrliche Möglichkeiten/Maßnahmen zu prüfen:

Grundlagen

- Erarbeitung, nach Möglichkeit, zeitgleich und auf vergleichbaren Datengrundlagen mit dem Nachbarlandkreis Potsdam-Mittelmark,
- Einbeziehung der neuen Ortsteile,
- Integrierte Betrachtung aller Verkehrsmöglichkeiten,
- Deutliche Stärkung des Umweltverbundes
- Erarbeitung eines Szenarios ohne ISES und ohne Netzverknüpfung

Die Planungen zur Netzverknüpfung sind nicht weiter zu verfolgen. Diese Absicht ist dem Bundesverkehrsministerium zur Herausnahme aus dem Bundesverkehrswegeplan mitzuteilen.

Prüfungsgegenstände

- Park & Ride -System und seine effektive Verknüpfung mit dem ÖPNV,
- Entlastung dicht bewohnter Straßenzüge durch verschiedene Maßnahmen, u.a. durch das Verkehrsleitsystem,
- Erweiterung der Tempo-30-Zonen,

- Weitere Einführung von Kreisverkehren.
- Die Einführung des Shared-Space-Gedanken in den VEP

Zu prüfen ist auch der Einsatz möglicher Fördermittel zur Planung und Umsetzung zur Stärkung des Umweltverbundes und des Shared-Space-Gedankens.

Begründung:

Unverändert mit folgender Ergänzung:

Unter Bezug auf den Shared-Space-Gedanken ist hier die Stärkung von gegenseitiger Rücksichtnahme im Straßenverkehr bei gleichzeitiger Verringerung der Regelungsintensität gemeint, nicht die konsequente bauliche Umsetzung vollständig gemeinsam genutzter Verkehrsräume.

Herr Dr. Seidel stellt folgende **Änderungsanträge**:

1. *Unter „Grundlagen“ ist der letzte Anstrich zu streichen (ISES, Netzverknüpfung) einschließlich letzter Satz Mitteilung an Bundesverkehrsministerium*
2. *Unter „Prüfgegenstände“ ist zu ergänzen*
  - *Wirksamkeit der ISES und Bundesstraßenverknüpfung in unterschiedlichen Szenarien (mit/ohne)*
3. *Zu streichen ist die Ergänzung der Begründung.*

Herr Rietz unterstützt die von Herrn Dr. Seidel vorgetragene Argumente sowie die Änderungsanträge.

Frau Hüneke erklärt, dass ihre Intention die Verringerung des MIV (Mobilisierter Individualverkehr) ist. Es soll grundsätzlich die gegenseitige Rücksichtnahme gestärkt und die Regelungen zurückgefahren werden.

Herr Gruschka bittet die Antragstellerin bezüglich der Änderungsanträge von Herrn Dr. Seidel in ihrem Text die Formulierung „zusätzliches“ Szenario aufzunehmen.

Frau Hüneke übernimmt dies.

Herr Jäkel äußert seine Irritation über die als Tischvorlage ausgereichte geänderte Fassung des Antrages.

Er stellt **zwei Änderungsanträge** und bittet um getrennte Abstimmung zum 2.

Punkt:

1. *Der vorliegende Antragstext ist zu kürzen. Der Absatz „Die Planungen zur Netzverknüpfung sind nicht weiter zu verfolgen ... bis ... mitzuteilen“ ist zu streichen.*
2. *Alle übrigen Punkte ab Grundlagen sind in die Begründung zu stellen.*

Herr Dr. Gunold gibt zu Protokoll, dass diese Änderungsanträge nicht mit der Fraktion Die Linke abgestimmt sind, sondern alleinige Anträge von Herrn Jäkel sind.

Herr Seidel macht deutlich, dass die Erarbeitung von Szenarien in den „Prüfgegenständen“ und nicht in „Grundlagen“ enthalten sein sollten.

Frau Oldenburg weist darauf hin, dass die Verkehrsentwicklung im Hinblick auf ISES und Netzverknüpfung hinreichend geprüft wurde. Sie äußert Bedenken wenn Erarbeitung von Szenarien in die Prüfgegenstände übernommen werden. Dies sollte in den Grundlagen bleiben. Beide Szenarien sollten geprüft werden.

Frau Hüneke **ändert für die Antragstellerin den Antrag** wie folgt:

Der 5. Anstrich unter Grundlagen wird geändert in:

- Erarbeitung eines **zusätzlichen** Szenarios ohne ISES und ohne Netzverknüpfung

Der letzte Anstrich der Prüfgegenstände wird gestrichen. Dafür wird aufgenommen:

„Methoden zur Stärkung von gegenseitiger Rücksichtnahme im Straßenverkehr bei gleichzeitiger Verringerung der Regelungsintensität.“

Frau Schwarz (Behindertenbeirat) weist darauf hin, dass „shared space“ für Menschen mit Behinderung mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

Die vorliegenden Änderungsanträge werden in folgender Reihenfolge abgestimmt:

#### **Änderungsantrag 2 von Herrn Jäkel:**

Alle übrigen Punkte ab Grundlagen sind in die Begründung zu stellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	3
Ablehnung:	7
Stimmenthaltung:	1

*Der Änderungsantrag wird abgelehnt.*

#### **Änderungsantrag 1 von Herrn Jäkel:**

Der vorliegende Antragstext ist zu kürzen. Der Absatz „Die Planungen zur Netzverknüpfung sind nicht weiter zu verfolgen ... bis ... mitzuteilen“ ist zu streichen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

*Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.*

#### **Änderungsantrag von Herrn Dr. Seidel (verbleibender Teil):**

Unter „Grundlagen“ ist der letzte Anstrich zu streichen (ISES, Netzverknüpfung). Dafür ist unter „Prüfgegenstände“ zu ergänzen

- Wirksamkeit der ISES und Bundesstraßenverknüpfung in unterschiedlichen Szenarien (mit/ohne)

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	4
Stimmenthaltung:	0

*Dem Änderungsantrag wird zugestimmt.*

#### **Geänderter Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die geplante Aktualisierung des verkehrsentwicklungsplanes Potsdam (VEP) auf folgenden Grundlagen vorzunehmen und dabei folgende verkehrliche Möglichkeiten/Maßnahmen zu prüfen:

#### Grundlagen

- \* Erarbeitung, nach Möglichkeit, zeitgleich und auf vergleichbaren Datengrundlagen mit dem Nachbarlandkreis Potsdam-Mittelmark,
- \* Einbeziehung der neuen Ortsteile,

- \* Integrierte Betrachtung aller Verkehrsmöglichkeiten,
- \* Deutliche Stärkung des Umweltverbundes

#### Prüfungsgegenstände

- \* Park & Ride -System und seine effektive Verknüpfung mit dem ÖPNV,
- \* Entlastung dicht bewohnter Straßenzüge durch verschiedene Maßnahmen, u.a. durch das Verkehrsleitsystem,
- \* Erweiterung der Tempo-30-Zonen,
- \* Weitere Einführung von Kreisverkehren.
- \* Methoden zur Stärkung von gegenseitiger Rücksichtnahme im Straßenverkehr bei gleichzeitiger Verringerung der Regelungsintensität
- \* Wirksamkeit der ISES und Bundesstraßenverknüpfung in unterschiedlichen Szenarien (mit/ohne)

Zu prüfen ist auch der Einsatz möglicher Fördermittel zur Planung und Umsetzung zur Stärkung des Umweltverbundes und des Shared-Space-Gedankens.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	9
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	2

*Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.*

#### **zu 2.9 Abholung von Fundtieren Vorlage: 09/SVV/0145**

Herr Utting bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Ernst informiert, dass von der Landeshauptstadt Potsdam im Jahre 2008 ca. 350 Fundtiere geborgen und in das Pfötchenhotel verbracht wurden.

Im Januar 2009 wurden bereits 7 Fundhunde, 7 Fundkatzen und 6 Verwahrhunde in die SIRIUS Hundepension verbracht. Von der SIRIUS Hundepension sind im Januar 2009 bereits 8 Hunde, 2 Katzen und 4 Kaninchen entweder an den Eigentümer zurückgegeben oder an einen neuen Besitzer vermittelt worden.

Er betont, dass es in keinem Fall es eine Klage oder Beschwerde eines Verlierers oder eines Finders eines Fundtieres gab.

Die Annahme und Bergung der Fundtiere ist rund um die Uhr gewährleistet. Die zuständigen Mitarbeiter sind folgendermaßen erreichbar:

an Wochentagen	07:00 – 20:00 Uhr und
an Feiertagen	10:00 – 18:00 Uhr
Telefon:	0331-289 1642.

Zusätzlich kann nachts und an Sonn- und Feiertagen die Leitstelle der Feuerwehr unter 0331-37010 informiert werden.

Die Meldung von toten Tieren im öffentlichen Straßenland der Landeshauptstadt Potsdam erfolgt ebenfalls über die oben stehenden Telefonnummern.

Herr Utting macht deutlich, dass Bürger auf verwilderte Katzen hingewiesen haben, die offensichtlich auf deren Grundstücken leben.

Frau Dr. Lehmann macht deutlich, dass die Kommune nach der Fundwesenzuständigkeitsverordnung des Landes Brandenburg die Pflichtaufgabe des Vollzugs des Fundrechts hat. Diese ist auch gut in der LHP organisiert. Sie weist darauf hin, dass bei Hunden die Zahl der Fundtiere über die letzten Jahre konstant geblieben ist.

Bei Katzen ist dies etwas problematisch. Hier gibt es eine Diskrepanz bei der Zahl der Fundtiere. Die Problematik der herrenlosen „streunenden“ Katzen ist vielschichtig. Die Lebensbedingungen von freilebenden Katzen sind oft tierschutzrelevant. Die Nachkommen dieser Katzen werden meist nicht in ihrer sensiblen Phase (zwischen der 2 und der 7. Lebenswoche) an den Menschen gewöhnt und bleiben deshalb ein Leben lang scheu. Ein Nachholen dieser Sozialisierung zu einem späteren Zeitpunkt ist nicht möglich.

Deshalb vertreten Fachleute und auch der Deutsche Tierschutzbund die Auffassung, dass diese Tiere auf keinen Fall in Tierheimen untergebracht werden dürfen. Ein Einfangen und Einsperren dieser Tiere wäre tierschutzwidrig.

Der Deutsche Tierschutzbund vertritt die Auffassung, dass nur dann stabile Katzenpopulationen geschaffen werden können, wenn die Tiere kastriert, kontrolliert gefüttert und an der Futterstelle beobachtet werden. Dies erfolgt auch in Potsdam.

Frau Dr. Lehmann informiert, dass herrenlose Tiere durch das Ordnungsamt abgeholt werden, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht.

Herr Jäkel spricht sich für den Antrag aus. Er schildert einen Einzelfall, bei dem der Außendienst des Ordnungsamtes angerufen wurde, weil offensichtlich ein Hund vor einem Supermarkt vergessen wurde. Es konnte durch das Ordnungsamt anhand der Steuernummer auf der Hundemarke nicht gesagt werden, wer der Hundehalter ist und wo dieser wohnt.

Frau Oldenburg erinnert an den im Wohngebiet Am Stern umher irrenden Goldenretriever und macht dabei deutlich, dass sie den Eindruck hat, dass die Verwaltung dies personell überfordert ist.

Herr Rietz fragt, ob die Stadt die Möglichkeit hat, anhand der „Tasso“ Hundemarke festzustellen, wem das Tier gehört. Er weist auch darauf hin, dass ein Grundstückseigentümer eine Verpflichtung hat, wenn beim Grundstückskauf Katzen auf seinem Grundstück leben.

Frau Dr. Lehmann macht auf die Verantwortung jedes Tierhalters für sein Tier aufmerksam. Sie erklärt, dass jeder Bürger die Möglichkeit hat, bei „Tasso“ anzurufen.

Frau Dr. Lehmann sagt zu, als Anlage zum Protokoll die Information nachzureichen, ob die Stadtverwaltung anhand der „Tassonummer“ den Eigentümer eines Tieres herausfinden kann.

Herr Utting stellt klar, dass auch Schulungen der Mitarbeiter etc. eine Verbesserung darstellen.

Herr Gruschka richtet die Bitte an die Verwaltung, nicht aufgrund eines Telefonates eine Anschrift herauszugeben.

**Beschlusstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die momentane Handhabung der Abholung von Fundtieren verbessert werden kann. Außerdem soll geprüft werden, ob auch streunende Tiere in Zukunft abgeholt und aufgenommen werden können.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 4

*Dem Antrag wird zugestimmt.***zu 2.10 Verlegung der Endhaltestelle Buslinie 693 auf Hermannswerder  
Vorlage: 09/SVV/0146**

Herr Utting bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Dr. Seidel bittet den Antragsteller, die Formulierung...“ und diese in der Haushalt 2009 einzustellen...“ aus dem Antragstext zu streichen.

Herr Jäkel erklärt, dass die verkehrliche Situation dies nicht zulässt. Das Problem ist es nicht mit dem bloßen Austausch der beiden Haltestellen zu lösen.

Herr Volkmann sagt die Prüfung zu und bittet um Umformulierung des Antrages in einen Prüfauftrag.

**Herr Utting bringt für die Antragstellerin folgenden geänderten Beschluss-  
text ein:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob und wie durch Verlegung der Endhaltestelle der Buslinie 693 von der Haltestelle Küsselstraße zur Haltestelle Hofbauerstiftung eine Verbesserung der ÖPNV-Bedienung insbesondere der Einrichtungen auf dem Gelände der Hoffbauerstiftung erreicht werden kann. Dabei soll auch geprüft werden:

1. Ob die Hoffbauerstiftung bereit ist, sich an entstehenden Kosten zu beteiligen und
2. Ob eine Verkürzung des Taktes möglich ist.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

*Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.***zu 3 Berichte und Informationen**

Herr Dr. Seidel verweist auf seine Nachfrage in der letzten Sitzung des KOUL-Ausschusses bezüglich des Winterdienstes auf der Straße nach Caputh. Hierzu liegt eine schriftliche Information des Fachbereiches Grün- und Verkehrsflächen vor, die als Anlage zum Protokoll an alle Ausschussmitglieder ausgereicht wird.

In der letzten Sitzung des KOUL-Ausschusses gab es die Zusage von Herrn Bolze, sich bezüglich der von Herrn Naber angesprochenen Betonelemente auf dem ehemaligen Mauerstreifen, sich mit dem zuständigen Planungsbüro in Verbindung zu setzen. Dies ist durch die Verwaltung erfolgt. Die Aussage vom Planungsbüro steht aber noch aus. Sobald diese vorliegt, wird sie an den KOUL-Ausschuss weitergeleitet.

Zur Nachfrage von Herrn Jäkel zum TOP 3.1 der letzten Ausschusssitzung bezüglich der Zuordnung der Papierkörbe liegt eine schriftliche Zuarbeit des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit vor, die ebenfalls als Anlage zum Protokoll ausgereicht wird.

#### **zu 4      Sonstiges**

Herr Dr. Seidel informiert über Bitte von Herrn Menzel um Information zu Baumfällungen in Groß Glienicke.

Er schlägt vor für die Tagesordnung der Aprilsitzung einen Punkt „Bericht zu Baumfällungen in der Saison 2008/2009“ vorsehen. Er verweist auf die mit dem letzten Protokoll ausgereichten Zusammenstellungen.

Frau Oldenburg bittet um Informationen zum Stand der Rückzahlung zu Überzahlbeträge bei Abfallgebühren und einen Hinweis auf Information der Öffentlichkeit dazu.

Des Weiteren weist sie auf drei von Fällung bedrohte Bäume an der alten Försterei, Steinstraße im Zusammenhang mit einer Baugenehmigung hin. Auch hierzu bittet Sie um Information.

Herr Menzel regt an, den Zustand des Heiligen Sees in einer der nächsten Sitzungen des KOUL-Ausschuss zu thematisieren.

Er bittet auch um Aussagen zur Straßenreinigung auf der B 2 in Groß Glienicke, da hier seit Jahren nicht gereinigt worden ist. Dies sollte behoben werden. Dies gilt auch für die Seepromenade und anderen Straßen.

Er weist darauf hin, dass an den Zugängen zur Badewiese Poller eingesetzt waren, die jetzt fehlen. Diese sollen wieder eingesetzt werden.

**Nächster Ausschuss für KOUL: 23. April 2009; 18:00 Uhr**

**Dr. Christian Seidel**  
**Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra**  
**Schriftführerin**